

Liebe Kollegin/Lieber Kollege,

der November ist in Deutschland ein ganz besonderer Monat – einer, bei dem historisch gesehen besonders an einem Datum Freud und Leid sichtbar werden: der 9. November.

1918 wurde an diesem Tag in Berlin die Republik ausgerufen – der Beginn unserer demokratischen Gesellschaft.

1938 brannten in der Reichspogromnacht überall in Deutschland Synagogen – unübersehbares Vorzeichen für den menschenverachtenden Rassenwahn der Nationalsozialisten mit seinen tödlichen Folgen.

1989 fiel die Berliner Mauer – die nicht nur Berlin, sondern ganz Deutschland geteilt hatte – infolge einer mutigen und friedlichen Revolution von Menschen, die sich nicht länger bevormunden und einsperren lassen wollten.

Vielleicht hilft die Rückbesinnung darauf ein wenig dabei, heutige Ereignisse in ihrer Bedeutung richtig einzuordnen. Manches, was uns heute so herausragend – gut oder schlecht – vorkommt, ist im Lichte der Geschichte doch eher ein Kieselstein als ein Felsbrocken.

Das gilt auch für die Corona-Pandemie, die uns wieder fest im Griff hat. Ähnliches gab es allerorts zu allen Zeiten – und bisher hat die Menschheit es immer überstanden. Das darf uns allerdings nicht dazu veranlassen, die gebotenen Schutzmaßnahmen außer Acht zu lassen.

Erwartungsvoll blicken wir nun gemeinsam auf die weitere politische Entwicklung und grüßen herzlich aus Berlin

Dagmar König
und das gesamte Team des Ressorts 5

60. Jahrestags der Unterzeichnung des Anwerbeabkommen
zwischen Deutschland und der Türkei



Türkeistämmige sind fester Bestandteil der deutschen Geschichte

Anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei ehrte der DGB Aktive mit Einwanderungsgeschichte. Einer von ihnen war Erdogan Kaya von ver.di. Die höchste Auszeichnung des DGB, die Hans-Böckler Medaille, ging dieses Jahr an den ehemaligen Personalrat der Berliner Verkehrsbetriebe und langjährigen Vorsitzenden des ver.di-Bundesmigrationsausschusses.

[Weiterlesen >](#)

sopoaktuell Nr. 317

Ab 1.1.2022 müssen Arbeitgeber mehr zur Betriebsrente dazugeben

Gute Nachrichten für die betriebliche Altersversorgung (bAV): Wird für die Betriebsrente aus dem eigenen Entgelt gespart (Entgeltumwandlung), dann müssen Arbeitgeber*innen ab 1.1.2022 auch für „Altvereinbarungen“, die vor dem 1.1.2019 abgeschlossen wurden, gesetzlich verpflichtend 15 Prozent des umgewandelten Betrages dazugeben. Die zweite gute Nachricht: Die 2018 mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz (BRSG) eingeführte staatliche Förderung der bAV hat sich seit 2019 fast verdoppelt.

[Weiterlesen >](#)

Regelsatzerhöhung ab 2022 bleibt unter Inflationsrate

Der ver.di-Bundeserwerbslosenausschuss kritisiert, dass zum Jahresbeginn die Regelsatzerhöhung ab 2022 unter der Inflationsrate bleiben soll. Zum Jahresbeginn 2022 soll der „Hartz IV“-Eckregelsatz lediglich um 3 Euro steigen. Das entspricht 10 Cent pro Tag bei Transferleistungen für Grundsicherungs-beziehende im SGB II und SGB XII. Sie wehren sich zudem entschieden dagegen, dass die Finanzierung der notwendigen Corona-Hilfen zu Lasten der Erwerbslosen und der Rechtskreise des SGB II und SGB XII geht.

[Weiterlesen >](#)

Aus der Sozialen Selbstverwaltung



Soziale Selbstverwaltung sucht/braucht Frauen-Power!

Für die Sozialwahl 2023 werden bereits jetzt Interessierte, insbesondere Frauen, gesucht, die sich als Selbstverwalter*innen in den verschiedenen Sozialversicherungsträgern engagieren wollen. Möglicherweise brauchst Du mehr Informationen darüber, was die Sozialwahlen und die Soziale Selbstverwaltung eigentlich sind und was damit bewegt werden kann? Dann ist die Videokonferenz von Frauen für Frauen am Dienstag, dem 30. November 2021, bei der Selbstverwalterinnen über ihre Anfänge, Aufgaben und Erfolge berichten, genau das Richtige.

Weiterlesen [➤](#)



Vielen Dank für Dein Interesse!

Wir würden uns freuen, wenn Du den gesamten Newsletter oder einzelne Meldungen mit Deinen Bekannten und Kollegen teilst.

Wenn Du diesen Newsletter abbestellen möchtest, klicke bitte [hier](#).

Inhaltlich verantwortlich gemäß Paragraf 55 Rundfunkstaatsvertrag (RfStV) und Absatz 5 Telemediengesetz (TMG):

Verantwortliche:

Dagmar König

Mitglied des ver.di Bundesvorstandes
ver.di Bundesverwaltung
10112 Berlin

Telefon: (030) 69 56-2400

E-Mail: sopojetzt.newsletter@verdi.de

Redaktion: Mascha Jacobs